



## Klaus Ernst

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Klaus Ernst, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

## Sabine Weigelt

- per E-Mail -

### Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Jakob-Kaiser-Haus, Raum E.842

☎ (030) 227 – 70 367

✉ (030) 227 – 76 466

✉ klaus.ernst@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Schweinfurt

Hadergasse 11, 97421 Schweinfurt

☎ (09721) 73098 – 11

✉ (09721) 73098 – 12

✉ klaus.ernst@wk.bundestag.de

### Wahlkreisbüro München

Postfach 31 02 65, 80102 München

☎ (0151) 251 24 254

✉ klaus.ernst@wk2.bundestag.de

### Homepage

🌐 [www.klaus-ernst-mdb.de](http://www.klaus-ernst-mdb.de)

Berlin, 29.10.2009

## Quelle-Insolvenz

Sehr geehrte Frau Weigelt,

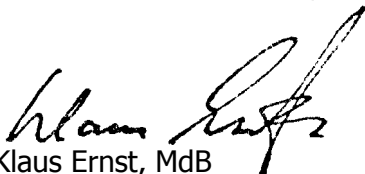
vielen Dank für Ihre Email. Sie beschreiben sehr eindrucksvoll die Katastrophe, die das Aus für Quelle nicht nur für die rund 10.000 Beschäftigten bei Quelle bedeutet. Darüber hinaus sind weitere Arbeitsplätze gefährdet.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat sich immer für die Rettung von Quelle eingesetzt. Wer aber Staatsgeld ohne Vorbedingungen zur Verfügung stellt, muss sich nicht wundern, wenn am Ende doch die Jobs verloren gehen. Der dafür zuständige ehemalige Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg muss dafür jetzt dem Parlament, den Quelle-Beschäftigten und der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen.

Notwendig wäre zudem eine grundlegende Änderung des Insolvenzrechtes gewesen. Die Bundestagsfraktion der LINKEN fordert, die Mitbestimmung der Beschäftigten auf das die Insolvenz auszuweiten, damit die Bestandserhaltung des Unternehmens und Beschäftigungssicherung ein höheres Gewicht gegenüber den Gläubigerforderungen erhält. Denn die Beschäftigten bei Quelle haben jahrelang hart für das Unternehmen gearbeitet. Sie sind diejenigen, die durch eine Pleite des Unternehmens in ihrer Existenz betroffen sind. Es ist skandalös, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Interessen in der Insolvenz keine Rolle spielen.

Für die Quelle-Beschäftigten ist jetzt der Bund in der Pflicht. Die Transfergesellschaft muss finanziell abgesichert werden. Für alle Beschäftigten muss es einen Übergang und eine soziale Abfederung geben. Dafür habe ich mich bereits stark gemacht und werde es auch weiterhin tun. Es wäre ein verheerendes Signal, wenn die Bankmanager zu Weihnachten ihre Boni einstreichen, während sich die Quelle-Beschäftigten arbeitslos melden müssen.

Mit solidarischen Grüßen,



Klaus Ernst, MdB